

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenwöchentliche Beilage oder deren Raum 180 Hg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Hg., Reklamen 500 Hg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr nachmittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 32.

Dienstag, den 8. Februar 1921.

28. Jahrgang.

## Die Beweggründe der Pariser Milliardenforderungen.

Dr. L. Straßburg i. Elb., 6. Februar 1921.

Wo immer man ein Gespräch führt, oder welche Zeitung man lesen mag, sei es in Deutschland, sei es in einem neutralen Staate oder selbst in England, überall trifft man auf sorgenvolle oder gar erregte Meinungen über das Zahlen-spiel der Ententeforderungen. Nur in einem Lande ist dies völlig anders — hier in Frankreich.

In diesem Lande besteht eine öffentliche Meinung, so eingewurzelt und so mächtig, so allgemein verbreitet und deshalb nur ganz allmählich sich verschiebend, daß sie es ist, die jede Regierungshandlung nach ihrem Willen formt und die jeden Ministerpräsidenten, auch gegen seinen Willen, mitreißt oder stürzt. Für Deutschland stehen in dieser Richtung noch große Ueberraschungen bevor. Als Dr. Simons in seiner Rede ausführte, man müsse die Willkür von der Unausführbarkeit ihrer Bedingungen überzeugen, da war er in einem gewaltigen Irrtum begriffen.

Lloyd George sowohl als auch Briand wissen ganz genau daß die von ihnen gestellten Ansprüche auf deutsche Zahlungen völlig unsinnig sind. Aber was sollten sie sonst denn tun? Der französische Kleinbürger lechzt danach, endlich das erfüllt zu sehen, was der Inhalt seiner Träume war während und nach dem Kriege. Ein ächzendes und zählendes Deutschland und ein triumphierendes und einstreichendes Frankreich. Wer ihm das nicht versprechen kann, der ist nicht mehr sein Mann, er ha zu gehen. Und es ist in Frankreich immer noch der Kleinbürger, der kleine Rentner, der die öffentliche Meinung erzeugt und damit die Regierungen kommen und gehen läßt.

Diese Gedankengänge haben wohl letzten Endes auch Lloyd George bestimmt, den französischen Forderungen größtenteils nachzugeben. Denn immerhin konnte es diesem doch sehr sehr klugen Staatsmann räthlicher erscheinen, mit Briand zusammen eine Politik der Unmöglichkeit zu betreiben, die ja immer noch von Fall zu Fall zu korrigieren ist, als es auf einen neuen Ministerwechsel ankommen zu lassen, der mit völliger Bestimmtheit den unheilvollen Poincare zur Macht bringen mußte.

Was dieser letztere Fall für Folgen gehabt hätte, das ist ganz unübersehbar. Und doch scheint es, daß eine schnellere Gesundung in seinem Gefolge möglich gewesen wäre, dann wären nämlich dem französischen Volke die Augen aufgegangen. Was ein Poincare im Verein mit dem wichtigsten aller Deutschen, Barres, nicht durchsehen kann, das muß eben unmöglich sein. Aber eine Zeit der verzweifeltsten Abenteuer zur endgültigen Zerstümmung Deutschlands wäre gefolgt; und davor hat sich der englische Erste Minister wohl gefürchtet. Und deshalb ist er wahrscheinlich umgefallen, ihm scheint der Zeitpunkt noch nicht reif, um dem französischen Volke die Illusionen kalt und scharf wegzureißen, wenn nicht die „Daily News“ recht hat, die von ihm behauptet, daß er weiter nichts wollte, als einen Kompromiß vor 1 bis 2 Jahren, nach welcher Zeit dann ein anderer den gordischen Knoten zu lösen hätte.

Wie dem auch immer sei, es zeigt sich, daß für das deutsche Volk eine Zeit des Schreckens bevorsteht. Expansionswahn werden auf Expansionswahn folgen, Zahlenschlagnahme wird ständig drohen und das Damoklesschwert weiterer Besetzung des deutschen Landstriches wird noch Jahrzehnte über uns schweben. Was ist dagegen zu tun? Wir sind völlig machtlos, uns irgendwie zu wehren. Uns bleibt nur eines, immer und immer wieder zu zeigen, daß wir gesonnen sind, nach besten Kräften alles zu tun, was in unserer Macht steht, um den Friedensvertrag zu erfüllen. Daß in dieser Richtung lange Fehler gemacht wurden, das wird kein Einziger leugnen. Und was diese Fehler, z. B. in der Entschädigung, uns in den Augen des französischen Volkes gegeben haben, daß weiß nur der, der sich davon in Frankreich überzeugen können.

Und so traurig und so beschämend es für jeden Deutschen sein mag, daß wir jede Rücksicht auf unsere Feinde haben müssen, uns bleibt keine andere Wahl, und diejenigen unter uns, die das wenigste Recht, sich darüber zu beklagen, die uns diese traurige Lage geführt haben. Es bleibt nur eine Hoffnung auf die Zeit, wo unsere Feinde einsehen, daß unser Verhalten auch ihr Verderben, unser Gebot auch ihr Ge-

beihen ist. Einige führende Köpfe Englands haben sich zu dieser Einsicht durchgerungen, aber in Frankreich ist nicht das geringste Zeichen einer bevorstehenden Aenderung vorhanden.

Jede Unterhaltung, jedes Eisenbahngespräch dreht sich immer um einen und denselben Punkt: Deutschland will nicht bezahlen. Läßt man sich auf nähere Ausführungen ein, so zeigt sich, daß kein Mensch eine Antwort hat, ob Deutschland überhaupt schon etwas von seiner Schuld abgetragen hat, ob es nicht kann, ob es nicht will; einfach, die Vögel wollen nicht zahlen. Aber man wird sie schon kriegen, und man muß sie kriegen. Das ist die Logik des französischen Spießbürgers. wenigstens aus den nördlichen und östlichen Departements im Süden ist man in dieser Frage viel gleichgültiger. Und gegen diese Logik läßt sich einstweilen gar nichts machen, sie muß an sich selbst zugrunde gehen. Bis dahin wird aber noch mancher Tropfen Wasser zum Meer fließen. Und bis dahin wird Deutschland in ewiger Unsicherheit leben, nicht nur über seine Lebensmöglichkeit, sondern sogar über seinen Landfrieden, denn keine Stunde wird es völlig dagegen gesichert sein, daß Franzosen oder Marokkaner im Ruhrgebiet oder

sonstwo einmarschieren. Denn unberechenbar ist das französische Volk, uns Deutschen heute noch so unverständlich wie im Kriege. Es hat den Ehrgeiz und auch die Fähigkeiten, wie militärisch so auch wirtschaftlich eine Weltmacht zu werden; aber ihm fehlt die Arbeitslust und der große Zug. Es hat sich militärisch überanstrengt und ist nun zu müde, das wirtschaftliche Erbe des deutschen Riesen anzutreten.

Und diese Tragik ist der bittere Kelch, den Frankreich noch zu leeren hat. Dann wird ihm eine Illusion nach der anderen schwinden, und dann hat auch die Stunde für die Wiederaufschwung Europas geschlagen. Daß diese Stunde bald anbrechen möge, daran zu arbeiten ist die vornehmste Aufgabe des arbeitenden Volkes, das unter den heutigen Verhältnissen ja am meisten zu leiden hat. Und zwar hauptsächlich in Deutschland und England; denn in Frankreich ist die Arbeiterschaft zu völliger Ohnmacht verdammt. Seit der Spaltung ist ihre Hauptaufgabe, darüber zu diskutieren, ob die Kommunisten oder die alten Sozialisten die Verräter sind. „Man wird gut tun, beide Teile zu unterstützen“, so äußerte sich vor einigen Tagen der Direktor einer großen französischen Bank.

## Der Aufstakt für London.

### Der bayerische Fasching.

Während das deutsche Volk in banger Sorge um seine Zukunft erfüllt ist und Mittel und Wege sucht, um mit den Alliierten eine Einigung auf verständiger Grundlage zu erzielen, versuchen die Reaktionskräfte alles auf die Spitze zu treiben. Insbesondere wird am Herd der Reaktion, in Bayern, das tollste Zeug getrieben. Die Früchte Esherrichs beginnen zu reifen. Gestern noch hatte es den Anschein, als ob auch an der Bar Verrunft einkehren würde. Wenigstens wurde von der deutschen Ministerkonferenz gemeldet, daß sich auch Bayern „egen wolle. Die Meldung scheint irrig gewesen zu sein. In der Zeit des Faschings scheint die Maßregel-Politik in München jede Verrunft zu erlösen. Wie die Telegraphen-Union meldet, wurde die für Montag anberaumte bayerische Ministerpräsidenten in der Kahr berichtet sollte, wieder verschoben. Es konnte in Berlin, wo Ministerpräsident Dr. v. Kahr auf Grund des Ministerratsbeschlusses und der Besprechung mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien den bayerischen Standpunkt vertrat, keine Einigung erzielt werden, da die Reichsregierung die Ansicht vertrat, daß in der Entwaffnungsfrage nachgegeben werden soll, während die bayerische Regierung der Ansicht ist, daß zunächst die Londoner Konferenz abgewartet und festgelegt werden soll, was sich dort und zwar nicht nur in der Entwaffnungsfrage, sondern auch in der Reparationsfrage erreichen läßt. Wie weiter berichtet wird, war auf der deutschen Ministerkonferenz das Wort des bayerischen Ministerpräsidenten entsprechend dem Antrag durch den bayerischen Ministerpräsidenten und die Führer der Koalitionsparteien festgelegt. Wie man in München den Ernst der Lage bemerkt, haben wir am Montag mitgeteilt. Es ist nicht nachzutragen, daß nach der Hezrede des deutschen nationalen Obersten v. Englander eine Kadumenge nach dem französischen Konsulat zog und das Schild mit Hammer schlägen beschädigte. Der Münchener Fasching, an dessen Verbot sich niemand leht, gibt Gelegenheit, sich im nationalstimmigen Tummel zu wiegen. Rationalsozialisten warfen im Schauspielhaus, wo Schützlers Reigen aufgeführt wurden, Steinbomben. Mit dieser chauvinistischen Fastnachtstimmung vergleiche man die ernsten Töne, die im nachfolgenden aus Paris und London herüberdringen und man wird es an der Zeit finden, daß den bayerischen Katastrophopolitikern ihr Handwerk von Reich wegen gelegt werden muß.

### Die Charbinissen in Frankreich.

Die französischen Blätter geben übereinstimmend der Meinung Ausdruck, daß, wenn die deutschen Vertreter auf der Londoner Konferenz glauben sollten, daß Gegenüberläge eine Herabsetzung der Forderungen auf der Pariser Konferenz zugesprochenen Entschädigung herbeiführen könnten, sie sich in einem großen Irrtum befänden. Briand, gestützt auf das Vertrauen der Kammer und ausgerüstet mit den von den gelegentlichen Körperlichkeiten erteilten Vollmachten, werde sein Programm für Punkt verfolgen, das die integrale Entschädigung Frankreichs zum Ziel hat. Sollten diese Forderungen Frankreichs seitens Deutschlands nicht prompt ausgeführt werden, würden die vorgezeichneten Sanktionen unverzüglich durchgeföhrt werden.

Der Zweck dieses Presseirebens ist jedenfalls, der französischen Öffentlichkeit eine bestimmte Meinung aufzuzustopieren, gegen die kein französisches Kabinett zu handeln vermag. Die „Politik von 1914“ hat bei dieser augenblicklichen Agitation für die Pariser Forderungen eine gewisse Bedeutung. Insbesondere sind es die reaktionären Reaktionen der Bergangeheit und Gegenwart, die von den französischen Zeitungen angeführt werden und auch die jüngsten Vorgänge in Bayern sowie die Haltung des Ministers Kahr spielen eine

Rolle, die nicht zu unterschätzen ist. Die auf Grund dieser Ereignisse in Frankreich künstlich erzeugte Stimmung in der öffentlichen Meinung wird dann dem Kabinett Briand Anlaß sein und müssen, im Selbstinteresse in London um so hartnäckiger auf den Pariser Forderungen zu bestehen. Insbesondere spricht der „Zeit Pariser“ namentlich von der Lage in Bayern, das zum Zentrum der deutschen Reaktion geworden sei. Man fragt sich, ob unter diesen Umständen die Londoner Konferenz an dem festgelegten Zeitpunkt stattfinden kann und ob sie überhaupt stattfinden wird, wenn die deutsche Regierung nicht gegen die öffentliche Erregung reagiert. Der „Matin“ schreibt, daß Briand erklärt haben: Ich werde keinen Millimeter von der Stellung weichen. Ich in Paris eingenommen habe.

### Amerika hilft!

Der amerikanische Ministerpräsident Briand richtete durch die „Chicago Tribune“ an das amerikanische Volk einen Aufruf um Unterstützung Frankreichs in der Reparationsfrage. Frankreich werde sich nicht vergeblich an das Solidaritätsgefühl Amerikas wenden. Die Einigkeit aller Nationen, die auf den Schlachtfeldern für die Sache der Freiheit gekämpft hätten, sei unerlässlich für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme, denen man jetzt gegenübersteht. In Frankreich sei man der amerikanischen Freundschaft, die sich im Laufe der Jahrhunderte bewährt habe, sicher. Die beiden Regierungen würden sicherlich von der öffentlichen Meinung in beiden Ländern unterstützt werden.

Nach einer Washingtoner Meldung scheint Briand bei den Amerikanern vorläufig wenig Glück zu haben, denn der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Senats, Senator Nelson, erklärte, die Regierungen der Vereinigten Staaten habe das Schicksal anzuweisen, den alliierten Mächten keine weiteren Vorschläge auf ihre noch offen stehenden Kredite zu gewähren, bis Harbings Regierung über die Frage der fremden Anleihen in Amerika eine neue Entscheidung getroffen habe. Der Schatzminister der Vereinigten Staaten erklärte gleichzeitig, daß er keine finanziellen Verhandlungen mit ausländischen Staaten während der noch verbleibenden Amtsperiode des jetzigen Präsidenten einleiten werde.

### Lloyd George spricht!

Wie Havas aus London meldet, sagte Lloyd George Sonntag in einer zweiten Rede in Birmingham, die der inneren Politik Englands gewidmet war, der englische Premierminister befände sich augenblicklich in einem Zustande des Niederganges, aber Großbritannien werde diese Periode überleben, wie es die Zeit der napoleonischen Kriege überstanden habe. England habe es mit unermesslichen Schwierigkeiten zu tun, wie sie immer auf einen großen Krieg gefolgt seien. Ein Regierungswechsel würde die Lage nicht ändern. Der Niedergang des Handels habe sich mit erschreckender Blösigkeit gezeigt. Alle Völker der Welt litten darunter. Man könne nicht mehr auf den Weltkrieg zählen; dieser sei andauernden Schwankungen unterworfen und müsse habilitiert werden. Lloyd George erklärte, er glaube, Deutschland mache keine Anstrengungen, um zu einer herabgesetzten Stabilisierung zu gelangen. Deutschland sei eine starke und mächtige Nation; es müsse bestehen. Wenn keine Mark nur einen Penny wert sei, dann müsse man sie eben für einen Penny berechnen. Wenn er demnach den Reichsminister Dr. Simons in London

sehen werde, werde er ihm bemerken, daß Deutschland keine wirklichen Anstrengungen mache, um zu bezahlen. England habe schlimmere Stunden erlebt und es sei ihrer Herr geworden. Es werde den gegenwärtigen Schwierigkeiten mit derselben Tapferkeit gegenüberstehen und es könne sie bekämpfen, wenn Einigkeit unter allen Engländern bestehe. Nach einer weiteren Haus-Rede erklärte Lloyd George noch, er glaube, daß die deutsche Mark ein wenig tiefer liege, als es sein dürfte. Wenn erst die Entschädigungssumme festgesetzt sei, werde die Mark etwas weniger schlecht stehen.

Die französisch-polnische Entente.

Was es selber: Anlässlich der Reise der polnischen Staatsminister nach Frankreich haben die französische und die polnische Regierung folgende gemeinsame Erklärung beschlossen: „Die Regierungen Frankreichs und Polens, von der gleichen Sorge erfüllt, ihre Sicherheit und den Frieden in Europa zu wahren, haben erneut die Gemeinsamkeit der Interessen anerkannt, die die beiden befreundeten Länder eint. Sie sind einmütig in der Befestigung ihres Willens, ihre Anstrengungen zu vereinen, um zur Verteidigung ihrer höheren Interessen den engen Kontakt aufrechtzuerhalten.“ Diese Erklärung teilte Ministerpräsident Briand, der mit dem polnischen Minister des Auswärtigen Sapieha eine lange Unterredung hatte, bei einem Empfang dem Botschafter Englands mit.

Eine russische Note an England.

Ein Radiotelegramm aus Moskau gibt den Text einer Note wieder, welche Schaninow an das Auswärtige Amt in London zu Händen des Lord Curzon geschickt hat. In dieser Note sagt die russische Regierung, daß sie mit Vergnügen von Strafen erfahren habe, daß bezüglich der allgemeinen Bedingungen des Antikontingents und nach einige kleine Differenzen bestehen, die im Laufe der nächsten wöchentlichen Konferenzen und der englischen Kredit nicht länger geregelt werden können. Es handelt sich eigentlich um einen Vorwand, um die Verhandlung der Note über die Kontingente nicht geübrigt zu lassen.

Die Entente gegen die Habsburger.

Das hat es eben wieder einmal: Der englische Oberstaatssekretär erklärt, daß er sich für eine gemeinsame Erklärung der Entente mit Italien in London vor dem nächsten Sommer zu erklären beabsichtigt. In der vergangenen Woche haben die Habsburger die Möglichkeit der Entente gegen die Habsburger nicht länger geregelt werden können. Es handelt sich eigentlich um einen Vorwand, um die Verhandlung der Note über die Kontingente nicht geübrigt zu lassen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Das wichtigste Ergebnis der internationalen Arbeitskonferenz, die am 1. August in London stattfand, ist die Erklärung der Teilnehmer, daß die Arbeiter der Welt sich für eine internationale Arbeitskonferenz einsetzen. Die Konferenz hat die Aufgabe der Arbeiter der Welt zu definieren und die Arbeiter der Welt zu organisieren. Die Konferenz hat die Aufgabe der Arbeiter der Welt zu definieren und die Arbeiter der Welt zu organisieren.

Geldschranknader-Politik.

Der Reichsminister des Reichsausschusses von den Reichshoff, (Mitarbeiter der Lübeckischen Anzeigen), der ehemalige Staatsminister a. D. Bergt sprach am Sonntag in Sierrin über die politische Lage. Er begründete es, daß zum erstenmal sich im deutschen Volk wieder ein einheitlicher Wille zeige. Er verwahrte sich weiser gegen den Vorwurf, daß die Deutschnationalen aus wirtschaftlichen Gründen die Einheitsfront ablehnten hätten. Übrigens habe die Stunde der äußersten Not noch nicht geschlagen. Sie werde erst schlagen, wenn der Außenminister aus London telegraphieren werde: „Ich muß ablehnen. Ich muß hinter mich gehen!“ Dann werde auch der Zeitpunkt da sein, der „ein großes Geschick“ in Deutschland haben dürfte. Ein Postkarte mit der Sozialdemokraten lehnte der Redner für die Deutschnationalen Partei ab. (Wir schon lange! Red.) Zum Schluss betonte der Redner, daß gegenüber dem Einheitsfront die Deutschnationalen Partei die Preußenpartei aufstelle, und daß man vor allen Dingen die Monarchie ablehne.

Die Monarchie ist für die Herrschaften um Bergt und Reichhoff die einzige Hoffnung, um ihre Kriegsgewinne in der Tasche zu behalten. Sie finden in Wilhelm dem Dritten gerade den rechten Mann. Dieser hat sich wie kein anderer ebenfalls in der Handlung an den eigenen Geldsack gekümmert, der auf des Volkes Kosten die und prahl wurde.

Politische Rundschau. Deutschland.

Der Hauptausschuß des Reichstages befaßt sich mit der Beratung des Nachtragesatzes des Verleumdungsgesetzes. Der Sprecher des Ministeriums erklärte: Die im Entwurf für Wassertraktatentwerfen sind 250 000 Mk. für die Ausgabe einer Verbindung der Weser mit dem Rhein, und zwar über die Werra oder Fulda enthalten. Diese Ausgabe bildet zwei Fünftel des Gesamtbetrags, die übrigen drei Fünftel werden von dem Lande Preußen und dem Westpreußen aufgebracht. Das Vorarbeitenamt ist bereits in Arbeit eingetreten. Der Nachtragesatz des Verleumdungsgesetzes wurde vom Hauptausschuß genehmigt.

Gegen öffentliche Provokationen. Das Reichsministerium hat beschlossen, das Verleumdungsgesetz auszuführen, ebenso die Verleumdungsgesetzgebung wegen der Verleumdung von Dr. Schuler, wo der Vorsitzende der Kammer für Preußen in der letzten Kammer darbrachte und die öffentlichen Äußerungen der Regierung aus dem Saal gedrängt wurden. Diese Schritte sind durchaus zu begrüßen. Das Verleumdungsgesetz ist ein Schritt in die Richtung der öffentlichen Äußerungen der Regierung. Die Verleumdung von Dr. Schuler ist ein Schritt in die Richtung der öffentlichen Äußerungen der Regierung.

Der Reichsminister des Reichsausschusses von den Reichshoff, (Mitarbeiter der Lübeckischen Anzeigen), der ehemalige Staatsminister a. D. Bergt sprach am Sonntag in Sierrin über die politische Lage. Er begründete es, daß zum erstenmal sich im deutschen Volk wieder ein einheitlicher Wille zeige. Er verwahrte sich weiser gegen den Vorwurf, daß die Deutschnationalen aus wirtschaftlichen Gründen die Einheitsfront ablehnten hätten. Übrigens habe die Stunde der äußersten Not noch nicht geschlagen. Sie werde erst schlagen, wenn der Außenminister aus London telegraphieren werde: „Ich muß ablehnen. Ich muß hinter mich gehen!“ Dann werde auch der Zeitpunkt da sein, der „ein großes Geschick“ in Deutschland haben dürfte. Ein Postkarte mit der Sozialdemokraten lehnte der Redner für die Deutschnationalen Partei ab. (Wir schon lange! Red.) Zum Schluss betonte der Redner, daß gegenüber dem Einheitsfront die Deutschnationalen Partei die Preußenpartei aufstelle, und daß man vor allen Dingen die Monarchie ablehne.

Der Reichsminister des Reichsausschusses von den Reichshoff, (Mitarbeiter der Lübeckischen Anzeigen), der ehemalige Staatsminister a. D. Bergt sprach am Sonntag in Sierrin über die politische Lage. Er begründete es, daß zum erstenmal sich im deutschen Volk wieder ein einheitlicher Wille zeige. Er verwahrte sich weiser gegen den Vorwurf, daß die Deutschnationalen aus wirtschaftlichen Gründen die Einheitsfront ablehnten hätten. Übrigens habe die Stunde der äußersten Not noch nicht geschlagen. Sie werde erst schlagen, wenn der Außenminister aus London telegraphieren werde: „Ich muß ablehnen. Ich muß hinter mich gehen!“ Dann werde auch der Zeitpunkt da sein, der „ein großes Geschick“ in Deutschland haben dürfte. Ein Postkarte mit der Sozialdemokraten lehnte der Redner für die Deutschnationalen Partei ab. (Wir schon lange! Red.) Zum Schluss betonte der Redner, daß gegenüber dem Einheitsfront die Deutschnationalen Partei die Preußenpartei aufstelle, und daß man vor allen Dingen die Monarchie ablehne.

Zur Preußenwahl hat die Partei folgende Liste aufgestellt: 1. Braun, Woll, preußischer Landwirtschaftsminister, Berlin; 2. Gering, Karl, preußischer Minister des Innern; 3. Reinert, Robert, Oberbürgermeister von Hannover; 4. Hanna, Gertrud, Gewerkschaftsangehörige; 5. Rosenfeld, Dr., Siegfried, Rechtsanwalt, Berlin-Schöneberg; 6. Beier, Dr. med. Alfred, Regierungsrat, Charlottenburg; 7. Wegscheider, Dr., Hildegard, Schürstin, Berlin-Schöneberg; 8. Cunow, Heinrich, Universitätsprofessor, Berlin-Friedenau; 9. Marocke, Richard, Vorsitzender des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Berlin; 10. Boges, Felix, staatlicher Hilfsförster, Wallendorf, Kreis Neidenburg; 11. Wolff, Richard, Techniker in Eberfeld; 12. Hausheer, Otto, Verbandssekretär im Zentralverband der Angestellten, Berlin.

Die Deutschnationalen und Bismard. Die Veröffentlichungen aus Bismards drittem Band seiner Erinnerungen sind den Heudegen aller Schattierungen unangenehm. Sie treiben in dieser Beziehung Vogel-Strauß-Politik und hecken den Kopf in den Sand. Auch in der „Lübeckischen Anzeigen“ wird nach diesem Rezept verfahren. Dieses chauvinistische Blatt, das sonst jeden Quard in den anderen Parteien breittreibt, schweigt sich in diesem Falle vollkommen aus und fällt es mit der „Kreuzzeitung“. Diese begründet ihr Schweigen jetzt damit, daß sie zwar das große Interesse für das Werk verstanden hätte, daß sie aber glaube, unter Berücksichtigung der Wünsche der nächstbeteiligten Personen und Auserwählten des ehemaligen Kaisers von einer Veröffentlichung absehen zu müssen. Ehrlich ist das gewiß nicht gemeint. Es liegt wohl näher zu vermuten, daß weniger die Abneigung gegen die Veröffentlichung des Werkes als die Angst vor seinem Inhalt entscheidend für die Haltung der deutschnationalen Blätter ist. Man kann nicht gleichzeitig für die Heuerichtung einer Hohenzollern-Monarchie schwärmen und die abfälligen Gedanken Bismards über den verherrlichten Jökernsprößling Wilhelm vorlesen. Aber das Volk verdammten kann man — und schwindeln nach Noten.

Wo Junker herrschen. Die Zeitschrift „Schlesischer Klein-Bauernbund“ bringt folgenden schönen Pachtervertrag, den Graf Tiele-Winkler mit 53 Pächtern abgeschlossen hat:

„Die Pächter betragt drei Jahre und läuft vom 1. Oktober 1920 bis 1923 dahin. Die Gutscherrschaft ist berechtigt, die Pächter zu jeder Zeit ohne Kündigung innerhalb der Pächterdauer entlassen oder gänzlich zurückzunehmen. Es enthält jedoch der Pächter die darauf stehende Frucht nach der Abschätzung eines vereidigten von der Verpächterin zu wählenden Taxators, gegen dessen Lage Einsprüche nicht erhoben werden können, vergütet. Pächter sind verpflichtet, sich der Gutscherrschaft vornehmlich bei Erntearbeit zur Verfügung zu stellen, widrigenfalls die Gutscherrschaft berechtigt ist, das Vertragsverhältnis innerhalb der Pächterdauer aufzulösen. Bei Flurschäden in Folge von Reittagen hat sich der Pächter mit dem seitens des Verpächters ermittelten Schadenersatzbetrage zufrieden zu geben.“

So gesehen in Oberschlesien, wenige Monate vor der Abkündigung! — Graf Tiele-Winkler ist in dem Jahrbuch der Milizionäre von 1912 als der neunt-reichste Mann Preußens bezeichnet. Sein Jahreseinkommen belief sich damals auf 4 1/2 Millionen Mark. Sein ober-schlesischer Grundbesitz, fast ganz in Oberschlesien gelegen, umfaßt 184 000 Morgen! Die veröffentlichten Pachterbedingungen beweisen, so sagt die „Welt am Montag“ dazu mit Recht, was sich heute in der deutschen Republik ein Junker alles angestraft erlauben darf.

Das deutschnationalen Menschlichkeitsideal.

In einer Sachbesprechung schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, wenn uns an einer Einschränkung der Gefängnisse läge, so würden wir um die Wiedereinführung der Prügelstrafe „bei den dafür geeigneten Verurteilungen“ nicht herumkommen. Wir erlauben uns zu fragen: gehört etwa der kappistische Hochverrat zu den „dafür geeigneten Verurteilungen“? Oder ist es nicht noch genug, wenn man durch solche Zustände das Leben von Hunderten von Deutschen leichtfertig und zwecklos opfert?

Wie die Bauern wuchern.

Im anhaltischen Kreise Zerbst sind laut amtlicher Feststellung mehr als 129 000 Zentner Braigetreide, das fast über 70% des Ablieferungsstoffs, nicht zur Ablieferung gekommen. — Was geschieht mit den Wuchern?

Motiv von Schwind.

Im letzten H. Lebenszeit von A. Schwind. Von Walter Rine.

Im letzten H. Lebenszeit von A. Schwind. Von Walter Rine. Im letzten H. Lebenszeit von A. Schwind. Von Walter Rine.

Im letzten H. Lebenszeit von A. Schwind. Von Walter Rine. Im letzten H. Lebenszeit von A. Schwind. Von Walter Rine.

Wiederholungen.

Wiederholungen. Wiederholungen. Wiederholungen. Wiederholungen. Wiederholungen.

Wiederholungen. Wiederholungen. Wiederholungen. Wiederholungen. Wiederholungen.

Freier und zarter als die Selbstbilder noch sind seine Aquarelle und Zeichnungen.

Freier und zarter als die Selbstbilder noch sind seine Aquarelle und Zeichnungen. Freier und zarter als die Selbstbilder noch sind seine Aquarelle und Zeichnungen.

Freier und zarter als die Selbstbilder noch sind seine Aquarelle und Zeichnungen. Freier und zarter als die Selbstbilder noch sind seine Aquarelle und Zeichnungen.

Freier und zarter als die Selbstbilder noch sind seine Aquarelle und Zeichnungen. Freier und zarter als die Selbstbilder noch sind seine Aquarelle und Zeichnungen.







In Sachen der produktiven Erwerbslosenfrage schreibt uns Haase-Lampe u. a.: In der Feinzeit in den Zentralhallen...

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Febr. 1921: 40 357 Mitglieder...

ph. Kötgenmann wurde ein Malgebilde aus Berlin wegen Verurteilung...

Gericht. In einer öffentlichen Volksversammlung in Lübeck...

Recht. Neuer Wirtschaftsplan...

Angrenzende Gebiete.

Landung. Die Erntezeit ist fast über. Die landwirtschaftliche...

Landung. Der Staat der Reichlichen...

Landung. In die Erntezeit...

Aus der Partei.

Der Halleische Bezirksverband hat eine Werbdemose veranstaltet...

Arbeiterbewegung.

Schneiderei in Deutschland. Aus Nürnberg wird gemeldet...

Reich und Ausland.

Reisendenzug in Obersachsen. Auf der Landstraße bei...

Reisendenzug in Ostpreußen. Aus dem Eisenfeld wird berichtet...

Reisendenzug nach Genua von Düsseldorf. In...

Reisendenzug in China. Nach einer Meldung der...

Reisendenzug in Indien. Nach einer Meldung der...

Reisendenzug nach Seoul. Nach einer Meldung...

Theater und Musik.

Das 13. Göttinger Konzert des Vereins der Musik...

Sprechsaal.

Zeit der Arbeit dieser Natur überkommt die Redak...

Die Schulung Techniker in Danzig. Es ist ungenügend...

Dieses wurde ohne mein Verschulden eingestellt. Bei mein...

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Table with columns for currency (Holland, Kopenhagen, Stockholm, etc.), exchange rates, and date (Hamburg, 7. Februar).

Regelmäßige Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck.

I. Nach Ostpreußen. Königsberg, etwa alle 10 bis 14 Tage...

II. Nach Dänemark und West-Schweden. Kopenhagen, Raimö, Landströma...

III. Nach Süd-Schweden. Stockholm event. auch Kalmar...

IV. Nach Süd- und West-Norwegen. Christiania, nach Bedarf...

V. Nach Finnland. Fellingfors wöchentlich einmal...

VI. Nach Ostland und Ostland. Riga und Kopal...

VII. Hamburg-Verbindung von Lübeck nach Magdeburg...

VIII. Nach Danzig u. S. nach Danzig. Danzig, etwa alle drei Wochen...

IX. Lübeck-Verbindung von Lübeck nach Danzig...

X. Nach Danzig u. S. nach Danzig. Danzig, etwa alle drei Wochen...

XI. Lübeck-Verbindung von Lübeck nach Danzig...

XII. Nach Danzig u. S. nach Danzig. Danzig, etwa alle drei Wochen...

XIII. Lübeck-Verbindung von Lübeck nach Danzig...

XIV. Nach Danzig u. S. nach Danzig. Danzig, etwa alle drei Wochen...

XV. Lübeck-Verbindung von Lübeck nach Danzig...

XVI. Nach Danzig u. S. nach Danzig. Danzig, etwa alle drei Wochen...